

DER ROTE SPATZ

Informationsblatt des Dessauer SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das neue Jahr begann mit heftigen Bauernprotesten in ganz Deutschland. Schlechte Umfrageergebnisse der Ampelparteien und steigende Umfragewerte für die AfD machten den Jahresauftakt für SPD-Mitglieder nicht einfach. Das Land befindet sich momentan auch in einer schwierigen Situation. Zahlreiche Krisen, steigende Kosten und Probleme im Gesundheitssystem und der Fachkräftemangel haben dazu beigetragen, dass die Zustimmung zur Ampelkoalition gesunken ist.

Geschockt haben uns dann die Enthüllungen des Recherchezentrums "Correctiv" über ein Treffen von Rechtsextremisten in Potsdam, an dem AfD-Politiker sowie einzelne CDU-Mitglieder teilgenommen haben. Das Thema versetzte die Leser in die Zeit vor 1945 zurück. Es ging um die Abschiebung von Menschen aus Deutschland in großem Maßstab. Der Vorfall hat zahlreiche Kundgebungen in allen Großstädten auf die Straße gebracht mit einer überwältigenden Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern. Das hat gezeigt wie wichtig ein Bündnis aller demokratischen Kräfte ist und welche Macht darin steckt.

Christine Walther, Joachim Volger, Daniel Kutsche, Daniela Koppe, Robert Hartmann, und Daniel André Bräsecke

Wie geht es weiter mit dem Bürgergeld?

Christine Walther

Bei der Einführung von Bürgergeld gab es viel Streit unter den Parteien. Es ging hauptsächlich um die Höhe der finanziellen Zuwendungen. Die SPD konnte sich mit ihren Vorstellungen leider nicht durchsetzen. Menschen, die z.B. alleinstehend sind und Kinder zu versorgen haben oder krank sind, ging es nicht besonders gut mit Hartz4-Geld. Da muss sich auch meiner Meinung nach etwas verbessern. Anders verhält es sich mit Menschen, die jegliches Arbeitsangebot verweigern. Da finde ich eine Differenzierung angebracht.

Die Diskussion zum Bürgergeld ist am Jahresende durch Hubertus Heil



wieder in Gang gekommen. Weiterhin fordern die CDU/CSU und die FDP eine Verschiebung der Erhöhung, die aber nun schon lange für Januar geplant war und sich nicht mehr aufhalten lässt.

Hubertus Heil will die Sanktionen bei den Bürgern verschärfen, die Bür-

gergeld beziehen, aber nicht bereit sind eine Arbeit anzunehmen. Die Erhöhung des Bürgergelds um ca. 12 Prozent zum Jahresbeginn 2024 hatte den Grund, dass die Anpassung an die Teuerungen vorausschauend vorgenommen wurden. Daher wird es 2025 und 2026 wohl keine Erhöhung mehr geben. Außerdem haben sich die Preise für Lebensmittel in den zurückliegenden drei Jahren enorm erhöht, teilweise um 50%. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes hat 2014 festgelegt, dass Preissteigerungen ausgeglichen werden müssen. Das Grundrecht schreibt die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums vor. Unklar ist, wie hoch die Quote derer ist, die annehmbare Arbeit verweigern.

Bisher sind es laut Medien nur 3 % der Bezieher, die sanktioniert worden sind und dies hauptsächlich wegen Terminversäumnissen.

Den Vorstoß von Hubertus Heil finde ich gerecht. Wir leben alle in einer Solidargemeinschaft und da kann man seinen Lebensunterhalt nicht auf Kosten der Gemeinschaft finanzieren.

Es ist ein Problem, dass es sich nicht lohnt, mehr zu arbeiten, wenn man ein niedriges Einkommen hat und bereits Transfers bezieht. Das ist hauptsächlich im Niedriglohnsektor der Fall. Wie z.B. im Friseurberuf. Viele Menschen arbeiten in zwei Jobs, da die Job-Angebote teilzeitbefristet sind und man von einem Einkommen nicht leben kann. Sehr stark hält sich das Märchen, dass es sich nicht lohnt bei einem geringen Einkommen zu arbeiten, da die Differenz zwischen Lohn und Bürgergeld zu gering ist. Mit solchen Unwahrheiten wird Neid zwischen Bürgergeldempfängern und Menschen mit einem Niedriglohneinkommen geschürt. Fakt ist aber auch, dass höhere Löhne im Niedriglohnsektor durchaus angebracht sind. Schon allein aus dem Grund, dass Arbeit sich lohnen muss und wir Fachkräfte sehr nötig brauchen.

In Deutschland beziehen außerdem 0,7 Millionen Ukrainer Bürgergeld. Das entspricht ca. 13 % aller Empfänger. Das Problem: Bei vielen Geflüchteten kennt man den Aufenthaltsort nicht. Die Integration in die Arbeitswelt muss schneller erfolgen.

All die geplanten Maßnahmen von der Politik müssen im Interesse aller zügig umgesetzt werden.

Der Begriff das "Volk"

Robert Hartmann

Das Jahr 2024 wird geprägt sein von Wahlen.

Mich ärgert es, wenn dabei mit dem diffusen Begriff "Volk" gespielt wird und es in den Kontext der Bewegung von 1989 gebracht wird. Insbesondere die AfD nutzt diesen Begriff (siehe Bild rechts) und findet gerade in Ostdeutschland Resonanz.

Die AfD definiert "Volk" oft national und kulturell. Die Partei betont traditionelle deutsche Werte, Identität und Souveränität. Ihre Vorstellung von Volk bezieht sich auf die Bewahrung nationaler Eigenheiten. Sie unterscheidet zwischen "Volk" und "Bevölkerung".

Hier ein Zitat der AfD: "»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«, heißt es klar im Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes. Das Volk ist der Souverän der Bundesrepublik, nicht die »Zivilgesellschaft«, eine »Bevölkerung« oder jene, die sich zufällig gerade

auf dem Gebiet der Bundesrepublik aufhalten."

Ist das nicht gruslig?

Mich hat interessiert, warum der Begriff "Volk" im Osten so ankommt, obwohl der Begriff sich in seinem historischen Verständnis doch längst überholt hat.

WENDE_2.0

WENDE_2.0

WENDE_2.0

DAMALS WIE HEUTE:

A F D

off-thucringen.de

Das hier gezeigte Wahlplakat der AfD wird uns sicher auch in den kommenden Monaten, dann aktualisiert, wieder begegnen und wir sollten mit Freunden und Bekannten auch dieses Thema diskutieren.

In einer Schrift aus der UNI Oldenburg bin ich auf einen sehr guten Beitrag gestoßen, den ich hier in stark gekürzter und leicht geänderter Form wiedergebe:

In der gegenwärtigen politischen Sprache wird "Volk" nur noch selten verwendet, doch zeigt gerade der Blick auf das rechtspopulistische und rechtsextreme Lager, dass das Wort auch noch im 21. Jahrhundert als politi-

scher Kampfbegriff fungiert. Die Vieldeutigkeit, sowie die nationalsozialistische Prägung des Volksbegriffs werden in diesem Lager nicht nur in Kauf genommen, sondern mitunter bewusst eingesetzt um so mögliche neue Sympathisanten zu erreichen. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird der Begriff hingegen kaum noch verwendet. An seine Stelle ist vielfach der Begriff "Bevölkerung" getreten, der neben Deutschen auch lange in Deutschland lebende nicht-deutsche Staatsangehörige einschließt.

Das Wort "Volk" war lange Zeit einer der am häufigsten verwendeten Begriffe der politischen Sprache in Deutschland. Im 19. Jahrhundert wurde es von der Demokratie- und Nationalstaatsbewegung in Abgrenzung zu der bestehenden politischen Ordnung und den Herrschenden gebraucht. Erstere verband mit ihm die Forderung nach einer parlamentarisch-demokratischen Herrschaft des Volkes, Letztere reklamierte mit ihm die Zusammengehörigkeit aller (wie auch immer definierten) Deutschen zu einem Staatsvolk. Der Verheißungscharakter und die verschiedenen Bedeutungen des Wortes boten Anknüpfungspunkte für sehr unterschiedliche politische Strömungen.

Im Nationalsozialismus war der Begriff "Volk" – ebenso wie seine Ableitungen und Komposita (etwa "Volksempfänger", "Volksgemeinschaft", "Volkstum") – von großer ideologischer und propagandistischer Bedeutung. Unter anderem mit seiner Hilfe wurde die diktatorische Herrschaft, die gewaltsame territoriale Expansion und die rassistische Politik des Regimes legitimiert.

Aber auch in der DDR fand der Begriff – beispielsweise in Zusammensetzungen wie "Volkskammer", "Volkseigentum" oder "Volkspolizei" – Verwendung; er verlieh dem von der SED vertretenen Anspruch Ausdruck, die vormals regierten "unteren Schichten" seien im Arbeiter- und Bauernstaat endlich zur Herrschaft gelangt. 1976 definierte das in Ostberlin publizierte *Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache* "Volk" als die "Gesamtheit der den werktätigen Teil der Gesellschaft umfassenden Klassen und sozialen Schichten" und hob hervor, dass der Begriff "unter soz[ialistischen] Verhältnissen die Gesamtheit der Angehörigen eines Staates" bezeichne, "aber auch unter bürgerl[ichen] Verhältnissen zur Verschleierung der Klassengegensätze verwendet" werde. Hinter der Verwendung des Wortes und seiner Komposita zur Bezeichnung von Institutionen des SED-Staates stand somit der Leitgedanke, dass die Klassengegensätze im "real-existierenden Sozialismus" überwunden seien. Entsprechend bildete der Begriff eine wichtige Vokabel der ideologisch-propagandistischen Sprache der DDR und häufig verwendet. Hieran knüpfte im Herbst und Winter 1989/90 die aufkeimende Oppositionsbewegung in der DDR an. Mit Parolen wie "Wir sind das Volk!" drückten die Bürgerinnen und Bürger bei Demonstrationen ihre Unzufriedenheit mit dem herrschenden Regime aus, wiesen auf den propagan-

Vollständiger Artikel:

https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/volk

nicht länger die von der SED regierte machtlose "Plebs" zu sein.

Ich denke, dass einerseits noch in den Köpfen das "völkische" Verständnis aus dem frühen 20. Jh. herumspukt und anderseits die Sprach- und Begriffsweise der DDR die Menschen dafür empfänglich macht.

distischen Anspruch und politischer Realität hin und reklamierten für sich, die nun mündige Bevölkerung und

Wir sollten also auch in der Umgangssprache unserer Partei auf die Wirkung von Begriffen achten. Wie wollen wir mit dem Begriff "Volkspartei" umgehen? Ist es heute noch angemessen, dass sich die SPD eine "Volkspartei" nennt? Darüber kann ja mal in den OV diskutiert werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Jahr 2023 war geprägt von unterschiedlichen Krisen und Komplikationen. Darauf musste regiert und nach Lösungsansätzen gesucht werden. Ob alles funktioniert wird sich erst in der Zukunft zeigen. Gleichwohl muss auch die "normale" Entwicklung weitergehen.

Viel wurde über die Regierung geschimpft und gemeckert. Eine Koalition von drei sehr unterschiedlichen Partnern ist nicht leicht zu handhaben. Jeder versucht seine Ansätze unterzubringen, es wird um Inhalte und Richtungen gerungen. Für mich ist das kein negativer Streit, sondern ein Disput in der Sache. Politische Entscheidungen basieren nicht auf Naturgesetzten und sind nicht mit einem eindeutigen "Richtig" oder "Falsch" zu werten. Es kommt zu ausbalancierten Entscheidungen die nicht immer logisch und verständlich sind. Es ist aber schlussendlich der mehrheitsfähige Konsens.

Trotz aller unmittelbaren Einflüsse hat es in diesem Jahr eine Reihe von positiven Entscheidungen gegeben. Die Landesgruppe vom LSA in der SPD-Bundestagsfraktion hat dies zusammengefasst.

https://neuigkeiten.spd.de/ov?mailing=5NOVM1UH-E6NX6W&m2u=5NP7RMJZ-5NOVM1UH-1AFZDW4 Bleibt Zuversichtlich und der Demokratie gewogen!

Auf ein erfolgreiches Jahr 2024!

Hier ein Link zu diese Aufstellung:

Robert Hartmann

Kundgebung "Bunt bewegt – Lichter gegen Rechts"

Christine Walther

Das Wetter war am 24. Januar sehr ungemütlich und windig gewesen. Trotzdem hat die Menschenansammlung zur Kundgebung auf dem Marktplatz in Dessau-Roßlau bestimmt alle Erwartungen übertroffen. Das letzte Mal war der Platz 1989 mit so vielen Demonstranten gefüllt. Die Stimmung war sehr gut und die Reden ebenfalls. Es war ein tolles Gefühl dabei gewesen zu sein und es war auch erfreulich, dass so viele Bürger gekommen sind.



Foto: Larissa Wallner

Neujahrsempfang - SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau

Christine Walther

Am 23. Januar führte der SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau seinen Neujahrsempfang im mitmach.lokal e.V. durch. Dabei konnten wir zahlreiche Gäste begrüßen. Es wurde ein schöner Abend. Der Vorsitzende Daniel Kutsche nahm die Begrüßung vor und rief u.a. auch alle auf, sich an der Demo "Bunt bewegt – Lichter gegen Rechts" am 24.01.2024, um 17 Uhr zu beteiligen. Danach schlossen sich Grußworte des Fraktionsvorsitzenden Michael Fricke, des Landtagsabgeordneten Holger Hövelmann, des OB Herr Dr. Reck, des Kandidaten für die Europawahl Thomas Rieke, der Baudezernentin Frau Lohde und unserer Sozialdezernentin Eter Hachmann an. Ich fand alle Reden sehr erfrischend und beeindruckend. Ging es doch um den Erhalt der Demokratie. Danach schloss sich der gemütliche Teil an, wo schon Pläne für das laufende Jahr gemacht wurden.



Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.spd-dessau-rosslau.de



25.April 2024

"Ein Tag bei der SPD im Landtag von Sachsen-Anhalt"

Was dich erwartet:

- Treffe unsere Abgeordneten: Lerne uns persönlich kennen wir sind neun Abgeordnete, die sich für die Werte der Sozialdemokratie einsetzen. Erfahre, was uns antreibt und wie wir politische Entscheidungen beeinflussen.
- Einblicke in politische Prozesse: Erlebe, wie aus Ideen Gesetze werden und wie politische Debatten geführt werden. Verstehe die Kunst der politischen Verhandlung und Kompromissfindung.
- Diskutiere mit uns: Deine Meinung zählt! Diskutiere mit uns über aktuelle Themen und bringe deine Perspektive ein. Wir möchten wissen, was junge Menschen bewegt und wie wir deine Anliegen in der Politik vertreten können.
- Erkunde den Landtag und die Staatskanzlei: Begleite uns auf einer Tour durch das Herz der politischen Macht. Erfahre mehr über die Geschichte und Bedeutung dieser Orte. Im Landtag sind das Parlament und die Büros der Abgeordneten, Referent:innen und Mitarbeiter:innen. Die Staatskanzlei ist u.a. der Dienstsitz des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt.
- Spannendes Planspiel: Nimm teil an einem interaktiven Workshop, der dir die Grundlagen der Politik näherbringt. In diesem Planspiel "Von der Idee zum Gesetz" kannst du selbst in die Rolle eines Abgeordneten schlüpfen.

Melde dich jetzt an! Dieser Tag bietet dir die einmalige Chance, hinter die Kulissen der Politik zu blicken und vielleicht deine eigene politische Leidenschaft zu entdecken. Sei schnell, die Plätze sind begrenzt!

Wir freuen uns darauf, dich am Girls' Day zu treffen und gemeinsam die Welt der Politik zu erkunden!

Alle Informationen findet ihr unter www.spd-lsa.de/girlsday.

Gern kannst du dich auch im Wahlkreisbüro von Holger Hövelmann melden. Wir beantworten gern deine Fragen. E-Mail: wahlkreisbüro@holger-hoevelmann.de oder Tel.: 034023028230

Gedanken zum Kanzler-Interview in der ZEIT

Karl Adam, FB, 25.1.2024

Es ist nicht so, dass Bundeskanzler Scholz (SPD) zu selten mit der Öffentlichkeit kommuniziert. Er tut es wahrscheinlich öfter als seine Vorgängerin. Das Problem ist vielmehr, WIE er kommuniziert. Nach zwischenzeitlichen Besserungen ist er mittlerweile wieder in der alten Rolle als "Scholzomat" angekommen. Als solchen hatte man ihn in der Rolle als SPD-Generalsekretär (2002-2004) bezeichnet, als er regelmäßig Wahlniederlagen zu kommentieren hatte.

Wer das große ZEIT-Interview diese Rolle liest, erfährt NICHTS Neues. Das ist einigermaßen erschütternd, denn nach den Tagen und Wochen des gefühlten Schweigens – besser: der inhaltlichen Leere aus dem Kanzleramt – hätte man so etwas wie einen diskursiven Befreiungsschlag erwarten dürfen, ja, müssen.

Die Stimmung ist ja in der Tat schlechter als die Lage. Von interessierter Seite wird das Land auch schlecht geredet. Ein Tatsachenmensch wie Scholz tut sich jedoch erkennbar schwer damit, solche Stimmungen zu erkennen und auch zu nutzen. Einerseits richtet er sich in seinen Entscheidungen fatalerweise nach Meinungsumfragen (Waffenlieferungen, Klimaschutzmaßnahmen), andererseits sieht es so aus, als ob der Impuls vom Wochenende, an dem Hunderttausende gegen die AfD und ihre Deportationspläne auf die Straße gegangen sind, einfach verpufft.

Es ist schön, dass ein Bundeskanzler in seiner Funktion als Bürger und als Bundestagsabgeordneter hier mitgelaufen ist. Aber was heißt es denn, dass "die AfD vor allem politisch bekämpft werden muss"? Mit welcher Politik möchte man das wieder einfangen, was Scholz mit dem Satz "Der Geist ist aus der Flasche" zu beschreiben versucht?

Ist diese ruhige Art, die den Leuten immer noch vorgaukeln möchte, dass sich für sie im Grunde nichts ändert, dieses stete "Kurs halten", diese ewige Wiederholung der immer gleichen Phrasen ("Manches Störgeräusch hätte ich nicht gebraucht") der momentanen Lage wirklich angemessen?

Bleibt alles so, wie es ist, steuert die SPD, steuert die Ampel auf krachende Wahlniederlagen zu. Woher soll den beim "Immer weiter so" der Stimmungswechsel herkommen? Das Mantra "2021 hat es auch geklappt" kann's doch nun wirklich nicht sein.

Der wiederholte Verweis auf Populismusprobleme auch in anderen Ländern enthebt nicht von der Pflicht, hier und jetzt etwas zu unternehmen.

Wenn es schon keinen Koalitionswechsel, keine rot-grüne Minderheitsregierung mit punktueller Zusammenarbeit mit der Union o. ä. geben wird, dann sollte doch MINDESTENS die Ampel einen Neustart vorbereiten. Man mag nicht recht daran glauben, dass wir sehenden Auges in den politischen Untergang segeln ...



Den Geburtstagskindern im Februar herzlichen Glückwunsch!

Bernd Götz, Heinz-Jürgen Centiny, Robert Hartmann, Ronald Seebert, Heinke Link, Joachim Volger, Maik Hattenhorst, Peggy Annett Dorn, Talisa Buchmann und Torsten Ceglarek



Impressum

DER ROTE SPATZ wird an alle Mitglieder SPD-Ortsvereine Dessau-Roßlau versendet. Darüber hinaus steht das Blatt auf der Seite https://www.spd-dessau-rosslau.de/ zum Download bereit.

Herausgeber ist der SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau.

Postadresse: Hans-Heinen-Str. 40, 06844 Dessau-Roßlau.

Redaktion: Robert Hartmann, Daniel André Bräsecke, Daniela Koppe, Joachim Volger, Christine Walther, Daniel Kutsche

Einsendungen bitte an: cut.walther@hotmail.de Redaktionsschluss ist jeder 20. des Monats.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht zu Kürzungen

Im Übrigen geben die Artikel in erster Linie die Meinung der Autoren, nicht aber in jedem Fall die der Redaktion wieder.

Termine

SPD-OV- Roßlau

Mo., 14.02.2024, 18:00 Uhr

SPD-OV- Süd

Do., 08.02.2024, 18 Uhr, "Jägerklause"

SPD-OV- SiZiKü

Mo., 26.02.2024, 18 Uhr, AWO

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.spd-dessau-rosslau.de